

*Theodor Heuss' Schlußrede in Bonn:*

# ... ein Stück festen Bodens

## Eine politisch-geistige Auseinandersetzung mit den Strömungen unserer Zeit

Zum Abschluß der Beratungen des Grundgesetzes hat Abg. Dr. Theodor Heuss als Sprecher der Fraktion der FDP eine große Rede gehalten, die über den Rückblick auf das in Bonn Geleistete hinaus eine grundsätzliche und ernste Auseinandersetzung wurde mit den Problemen, die den Beratungen in Bonn so viele Schwierigkeiten bereitet haben, dem des Föderalismus, des Verhältnisses von Kirche und Staat und des Elternrechts. Bei der grundsätzlichen Bedeutung

dieser Fragen für die deutsche Zukunft halten wir die Rede Th. Heuss' für so wesentlich, daß wir sie hier im Wortlaut wiedergeben. Ihre ausgezeichneten Formulierungen werden unsere Leser und Freunde vertraut machen mit den Gesichtspunkten und Erwägungen, die unsere Vertreter in Bonn bei ihren Entschlüssen leiteten und lassen sie vor allem erkennen, mit welcher tiefen Verantwortung Heuss und seine Freunde in Bonn gewirkt haben.

Meine Damen und Herren! Die Situation beim Abschluß unserer Arbeiten ist für den, der von Anfang an verbunden war, eigentümlich seelisch gespalten insofern, als wir vor der Frage stehen: Zählen wir nun auf, was uns nicht gefällt an diesem Grundgesetz, um durch diese Darlegungen ein Alibi unseres Besserwissens zu geben, oder loben wir das Gesetz, um damit seinen, die Deutschen sammelnden Effekt im Bewußtsein der Bevölkerung deutlich zu machen? Ich glaube, wir müssen in beidem Maß halten. Es wäre sinnlos, die Arbeit, die hier geleistet wurde, durch einen Katalog des Mißbehagens zerreden zu wollen. Es ist doch so: Fast jeder von uns glaubt, daß er mit einer bestimmten Vorstellung über die Zweckmäßigkeit und Güte einer deutschen Verfassung hierher gekommen ist. Entweder hat er sich diese Vorstellung selber gemacht oder seine Partei hat sie ihm geliefert; und nun ist er in die Situation gestellt worden, daß diese beste Verfassung, die er in seinem Hirn hatte, mit dem Ergebnis hier nicht übereinstimmt. Das bedeutet, daß wir das, was jetzt abgeschlossen wird, nicht zu beurteilen haben unter dem Gesichtspunkt der bestmöglichen Leistung, sondern des in der deutschen Volks- und Staatengemeinschaft heute politisch Möglichen. Ob die Staatstheoretiker und Staatsrechtler mit uns zufrieden sind, das wird uns einmal interessieren, wenn sie die Kommentare schreiben. Aber es wird uns nicht zu stark beeindrucken können. Denn sie sind die Perfektionisten auf dem Papier, während wir in die Wirklichkeiten der deutschen Geschichte gestellt waren und gestellt sind, bei unserer Arbeit gelähmt eben durch diese deutsche Geschichte und durch unsere äußere Machtlosigkeit.

Der Vorwurf lastet auf uns, daß diese Arbeit zu lange gedauert habe. Es scheint ein psychisches Gesetz zu sein, daß, wenn die Solone zusammenkommen, sie in ihrem Ehrgeiz wachsen, möglichst große Verfassungen zu machen. Wir sind bereit, diesen Vorwurf von unserem Volk anzunehmen, aber nicht von den Besatzungsmächten, die sich selber im Laufe dieses Jahres als Spezialisten und Perfektionisten des Vertrags von Schwierigkeiten erwiesen haben. Wir sind lange genug vor der Problematik etwa des Besatzungsstatuts gestanden — kommt es, wann kommt es? Bis in den Schluß unserer Arbeiten hinein ging diese Geschichte. Nun aber habe ich nicht die Absicht, den Rückblick so zu machen: was ist alles geschehen?

### Der neue Föderalismus

Ich möchte nur ein paar politische Dinge festhalten. Ich glaube, in unserer Arbeit war eigentlich zunächst fast der interessanteste Vorgang das Legende gewordene Frühstück des Herrn Abgeordneten Menzel mit dem Herrn Ministerpräsidenten Ehard aus München (Heiterkeit); denn in diesem Gespräch oder Frühstück

ist der Bundesrat entstanden. Wir haben, als wir im September zusammenkamen, davon geredet, ein demokratischer Bundesstaat habe ein Zweikammersystem. Es wurde, auch heute noch, so ein bißchen die Fiktion aufrecht erhalten, der Bundesrat sei so etwas wie eine Zweite Kammer. Das ist er nämlich nicht. Für den Historiker wird es eine sehr reizvolle Anekdote sein, einmal festzustellen, daß der rheinische Sozialist und der weißblaue Staatsmann sich bei Bismarck gefunden haben (Heiterkeit), und zwar über Weimar zurück noch bismarckischer geworden sind. Diese beiden neuen Bismarcker haben nur eines vergessen (erneute Heiterkeit), daß nämlich die Bismarcksche Konstruktion und Wesenheit des deutschen Bundesstaates den Hintergrund von Preußen besaß. Ohne den ist dieses ganze Geschichtswerk gar nicht zu begreifen.

Und nun entsteht an Stelle diese Bismarckschen Föderalismus eine andere Sache. Wir stehen vor einem sehr großen Experiment unserer Geschichte. In dem Bismarckschen war nämlich immerhin noch die Monarchie vorhanden. Das war ein sehr wesenhaftes Element. Jetzt stehen wir vor der großen Wahrscheinlichkeit, einen Föderalismus der Bürokratie zu bekommen, und der Sorge, daß dadurch das Einheitsleben des Gesamt gestört wird. Wir hatten davon gesprochen, daß es fruchtbarer und richtiger und demokratischer gewesen wäre, einen Senat oder doch die von mir vorgeschlagene Kombination zu machen; denn das jetzige Gebilde hat gerade das nicht, was eine junge Demokratie braucht, eine zusammenführende Kraft ins Volksgesühl hinein. Die soll mehr beim Bundestag, beim Volksparlament liegen. Ich gestehe, daß ich lieber das Wort Volkstag gehabt hätte, um der akustischen Gegenwirkung willen, auch um das Elementare der Volkssouveränität, das schließlich doch hinter diesem Vorgang stehen soll, zum Ausdruck zu bringen und weil ich auch gewünscht hätte, daß dieses Wort Bundestag, an dem die Staatenbundgeschichte von Deutschland hängt, mit der Geschichte untergehen würde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist anders beschlossen worden, wir nehmen es hin.

Das Problem des Föderalismus wird uns allen eine neue, sehr eigentümliche Aufgabe geben, nämlich jetzt wächst an die Parteien eine neue Verantwortung. Warum denn? Die Länderregierungen, ob sie nun sozialdemokratisch oder von der CDU oder anderwärts geführt werden, haben in sich ein sonderliches Machtgefühl gerade für ihren Staat, für ihr Land, gleichviel, wie es parteipolitisch aussieht. Die Regierungen und ihre Beamten haben die Tendenzen zur Sonderung, und es liegt die Verantwortung bei den sie tragenden Parteien, die über die Ländergrenzen hinausgehen, diesen Sonderungskomplex der Länderregierun-

gen in dem Breiteren der gemeinen Verantwortung abzufangen und aufzuheben. Hier kommt eine große staatspolitische Aufgabe an die Parteien, die so viel Geduld als Elastizität, als auch gesammelte Kraft verlangt.

Für den Gang unserer Geschichte hier ist nun dies charakteristisch gewesen, daß wir fast immer in Auseinandersetzung mit Kräften außerhalb dieses Hauses standen. Es ist in Bonn zwar nicht das neue Schlagwort von der Optik im politischen Leben erfunden worden; aber der Begriff ist nun, wie mir scheint, in Deutschland gefestigt. Es darf vielleicht einen Augenblick erlaubt sein, zu sehen, welcherlei Optik in diese Arbeit hineingewirkt hat.

### Optik auf die Besatzungsmächte!

Davon ist einiges schon gesagt. Die Situation ist so, daß wir in sehr vielen Auseinandersetzungen die Ungewißheit auf der einen Seite vor uns hätten. In den Zimmern der Verbindungsstäbe standen wohl die Dreifuße, und eine Pythia war auch mit dabei. Wenn eine Pythia spricht, ist es immer ein Risiko, ihre Worte zu interpretieren. Aber wenn der und der und der eine andere Pythia redet, so wird das um so schwerer. Das hat sehr lähmend in unsere Arbeit mit hineingewirkt. Immerhin, das war auch im Austausch der Auffassungen, der Zielsetzungen manchmal eine Befruchtung der Arbeit, was wir ruhig aussprechen können. Ich möchte nur dessen sicher sein, daß das, was jetzt in Deutschland beschlossen werden wird und soll und was doch auch in sachlichen und moralischen Bindungen mit den Vertretern der Besatzungsmächte seine Form gefunden hat, in seiner Verbindlichkeit auch von den Kontrahenten gesehen wird. Es war schwer — eine Optik in Washington, eine in London und eine in Paris — sich da durchzufinden und dann doch zu spüren; also hier werden wir die deutschen Möglichkeiten sichern und im weltgeschichtlichen Spiel unsere Aufgabe vollenden können.

### Die Münchener Optik

Es gibt eine Optik, die nach München weist. Manchmal konnte man das Gefühl haben, daß der Mann, der gar nicht in unserem Raum ist, als Machtfaktor durch die Säle wandere, der Dr. Baumgartner, daß diese Figur der Bayernpartei in irgendwie in den Kalkulationen, Überlegungen, Sorgen mit vorhanden war. Ich spreche ungern von den Dingen. Für mich ist die Auseinandersetzung, in die wir wegen des bayerischen Problems hineingekommen sind, sehr, sehr schmerzlich. Denn es war mir von Anfang an über alle psychologischen Schwierigkeiten hinweg, die es auch gerade bei uns da unten gibt — Nachbarn lieben, Nachbarn reiben sich auch —, undenkbar für meine Phantasie, daß ein deutsches Grundgesetz nicht mit den Stimmen der Bayern angenommen werden könnte.



Die Herren von Bayern haben zum Teil die Auffassung, daß ihren Erfordernissen nicht genügend Rechnung getragen würde. Es ist nicht die Stunde um bitter zu sprechen. Aber wieviel Zeit haben wir verloren — (Zustimmung) erstens bis innerhalb der CDU/CSU die Sachgegensätze ausgeräumt wurden. Bitte, das ist kein Vorwurf, es ist eine Selbstverständlichkeit, daß es nicht von heute auf morgen geht. Aber wie haben wir uns alle doch redlich bemüht, den Bayern entgegenzukommen. Das Quälende für uns ist dies, zu spüren, daß die hier anwesenden Bayern in ihrer großen Mehrheit bereit waren oder bereit sind, da sie an der Arbeit teilgenommen haben, mitzugehen und daß nun von außen her — von außen her in diesem Sinne: ohne die unmittelbare Verantwortung des Mitbeteiligtsein — Schwierigkeiten gemacht werden. Ich habe mit den bayerischen Freunden gesprochen: Bringt doch nicht dieses Stück in die bayerische Geschichte wieder mit hinein, wie es im Jahre 1871 gewesen ist, daß hinterhergeht wird! Habt ihr kein Gefühl der relativen Unwürde des Vorganges (sehr richtig!), daß man sich überstimmen läßt, satt daß man die Dinge mitnimmt, um sie mitgestalten zu können. Es ist doch nicht so, daß die bayerische Geschichte allein von den Herren bestimmt wird, die gerade heute das bayerische Kabinett bilden (Sehr wahr!).

Das bayerische Volk oder doch die Bevölkerung in Bayern, wo so viele Flüchtlinge noch nicht die Stimme ihres politischen Willens gefunden haben, denkt, dessen bin ich sicher gewiß, über diese Dinge anders. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und in der Mitte.) Ich kann mir nicht vorstellen, daß die bayerische Jugend irgendwie davon gefaßt wird, vielleicht Leute in Oberbayern, aber nicht im Fränkischen oder Schwäbischen. Aber der bayerische, typisch zentralistische, von Montgelas gemachte Staat, für dessen Aufrechterhaltung ich immer gewesen bin — ich will gar kein Experiment mit ihm gemacht haben —, wird in seiner seelischen Struktur nicht so von München bestimmt.

Es hat etwas Schmerzlich und zugleich etwas leicht komisch Rührendes, daß nun ich weiß nicht was, nach einer Legende von Heinrich dem Löwen her die Welfen hier Heinrich dem Löwen, der auch einmal in Bayern gewesen ist, als Münchener auf diesem Weg zu folgen scheinen (Heiterkeit).

#### ... und die von Hannover

Nun gibt es aber auch eine Optik, die Hannover heißt. Sie richtig zu gewinnen, das war für die Sozialdemokratie eine manchmal quälende Aufgabe. Wir, der Parlamentarische Rat in seiner Gesamtheit, mußten leider mithelfen: Wie sage ich es also nun meinem Kind, auch meinem Führer! (Große Heiterkeit!)

Wir haben erreicht, daß schließlich der Akt der „Komprimierung“, dem wir in Frankfurt zugestimmt haben, vollzogen wurde, ich glaube mit Erfolg. Die Philologen und Rechthaber im Hause unterhalten sich wohl, ob bei der Komprimierung des Grundgesetzes dieses wirklich kleiner geworden ist oder ob es eigentlich so lang geblieben ist wie es war. Ich möchte vorschlagen, daß Hannover irgendeinem Bösen — ich will nicht grad sagen Löwenthal (Heiterkeit) — die Strafarbeit aufgibt, einmal die Buchstabenzahl im Grundgesetz Fassung 3 und im Grundgesetz Fassung 4 zu zählen. Dann läßt sich nämlich der „Sieg“ der Sozialdemokratie buchstabmäßig, zentimetermäßig darstellen (Heiterkeit und Zuruf).

Aber es gibt auch und nun werde ich sehr ernst reden

eine Optik, die heißt Köln oder Pützgen. Ich hatte mich mit dem Kollegen Süsterhenn darüber besprochen,

daß ich diesen ganzen Komplex: Kirche, Staat, Partei und Schule, hier behandeln wolle, und zwar in den Motiven nicht aggressiv. Ich glaube, eine irenische Natur zu sein, sozusagen; aber hier stehe ich in der Verteidigung, und diese führt man fechtend. Ich kann diese Auseinandersetzung mit dem Kollegen Süsterhenn nicht führen, sondern ich kann nur dies tun, ihm meine und Ihrer aller Wünsche für eine baldige Genesung von seinem schweren Unfall zu wünschen (Bravo!). Aber die Sachlage als solche bleibt für uns gegenwärtig.

Darf ich persönlich werden: Es ist zum erstenmal in meinem Leben, daß ich längere Zeit in der Atmosphäre des rheinischen Katholizismus gewellt habe. Sehr nett, sehr liebenswürdig! Ich habe dann auch den „Rheinischen Merkur“ zu lesen begonnen, der übrigens nichts mit dem jungen Görres zu tun hat, vielleicht mit dem alten Görres, dem Münchener, dem der Koblenzer Feuergeist verfloß. Dieser „Rheinische Merkur“ ist ein Organ, über das ich mich nicht beklagen dürfte, denn er hat mich persönlich von Anfang an sehr nett und gut behandelt und gesagt, ich sei wer. Aber es ist nun so, daß in dem „Rheinischen Merkur“ für unsere innere

Situation eine schlechte Atmosphäre geschaffen wurde. Ich möchte den Herren von der CDU die Anregung geben, aus ihrer Fraktionskasse eine Neues Testament für die Redaktionsbibliothek des „Rheinischen Merkur“ zu stiften (Heiterkeit) und in diesem Neuen Testament durch den Buchbinder ein Dauerlesezeichen bei Matthäus 23 anbringen zu lassen, wo nämlich die Rede Jesus über die Pharisäer steht (Große Heiterkeit). In diesem Blatt ist zum erstenmal der Begriff der christlichen Parteien erschienen. Dort also entstand der Begriff der christlichen Parteien. Und dann schreibt auf einmal ein Herr Rögele, oder wie der Mann heißt, von den „nicht-christlichen Parteien“. Ich finde das sehr unchristlich (sehr richtig!). Jesus Christus ist nicht auf die Welt gekommen, um mit seinem Namen Bezeichnungen für politische Gruppen abzugeben, sondern um die Menschen, alle Menschen zu erlösen. Es steht so, daß nun wir gegen diese Art von Angriffen um der Redlichkeit und Sauberkeit der Atmosphäre willen einfach gezwungen sind, über diese Dinge heute deutlich zu sprechen.

Ich kann in der knappen Zeit, die mir gegeben ist, keine geistesgeschichtliche Betrachtung über das geben,

## was man „Elternrecht“ nennt.

Wir haben davon etwas im Hauptausschuß gesprochen. Ich bin alt genug, um zu wissen, daß in die deutsche Schulgeschichte die Auseinandersetzung über das sogenannte Elternrecht erst nach 1918/19 gekommen ist. Im Jahre 1906 und 1907 waren in Preußen die großen Streite bei dem sogenannten Schulunterhaltungsgesetz über den konfessionellen oder nichtkonfessionellen Charakter der Volksschule. Kein Wort von Elternrecht! Es wird mir widersprochen, wenn ich sage, daß es eigentlich erst in der Revolution 1918/19 als Begriff sich gefestigt hat. Theoretisch mag es älter sein; die konkrete Schulpolitik wurde erst damals damit befaßt.

Als der unabhängige preußische Kultusminister Adolf Hoffmann den Erlaß losließ, daß die Kinder, wenn ihre Eltern das beantragen, nicht mehr in den Religionsunterricht gehen müssen, hat die Kirche gegen dieses „Elternrecht“ protestiert. Warum? Weil sie den Anspruch auf das getaufte Kind hat. Dies ist eine alte und tiefe Problematik. Wir haben nun in der Debatte erfahren, daß es wesentlich ein Stück des Naturrechts sei, den Eltern dieses spezifische Recht, den Charakter der Schule zu bestimmen, zu geben. Da liegt eine Lücke im Denken. Die Schule ist eine Veranstaltung der Gemeinschaft. Wir selber sind nicht für ein Staatsmonopol. Der Antrag über die Schule trägt ja meinen Namen. Darin ist auch das Recht auf die Privatschulen neben dem Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach für alle öffentlichen Schulen genannt. Wir sehen aber ein, daß heute der Staat in seiner Verpflichtung und in seinem Anspruch, die Schule zu erstellen und zu

leiten, bekämpft, befiehlt, begrenzt erscheint. Es gibt auch evangelische Bischöfe — nicht viele, aber einige —, die wie mir scheint, jene Schrift des Martin Luther vergessen haben, seine Sendschreiben an die Bürgermeister usw. Diese war nicht bloß eine deutsche, schulpolitische Sache jener Zeit, sondern wurde mit der größte Beitrag für die Bildungsgeschichte der ganzen Welt, der von Deutschland ausging, weil damit der Anspruch, das Recht und die Pflicht der weltlichen Gewalt auch für die christliche Unterweisung, die Luther verlangt, gegeben war.

Ich habe im Hauptausschuß, als ich von den Dingen zu reden hatte, und auch bei unserer ersten Zusammenkunft im September hier gesagt, daß diese Frage des sog. Elternrechts ein Problem nationalpolitischer Tragik geworden ist, weil mit der unerhörten Binnenwanderung, mit der Ueberschwemmung des *cujus regio ejus religio* ein konfessioneller Mischprozeß in die kleinen Städte, in die Dörfer getragen wurde. Wir dürfen die Kinder nicht durch Isolierung gefährden, weil sie etwa im evangelischen Umland Katholiken sind. Denn dann bleiben sie Schlesier oder Sudetenleute; die Kinder wachsen nicht nationalpolitisch in ihrer Heimat zusammen. Ich will auch nicht davon sprechen, daß uns der Vorschlag gemacht worden ist, aus der Charta der UN jenen Satz herauszunehmen, nach dem die Eltern das Recht haben, die Art der Erziehung zu bestimmen. Das bedeutet doch, ob private oder öffentliche Schule, ob Realschule oder Gymnasium zu besuchen seien und nicht innere Gestaltung des Schulwesens.

Als wir vor Monaten über diese Dinge diskutierten, habe ich zum Ausdruck gebracht, wir wollen nicht irgendwelche unverbindlichen Formen finden, bei denen sich jeder etwas anderes denken kann. Denn solches Kompromiß schafft dann nur Verunklarung.

Das Wort Elternrecht hat in der deutschen Geschichte eine spezifische Bedeutung bekommen und ist in das Weimarer Schulkompromiß mit durch die Sozialdemokraten hineingekommen. Warum dies? Weil damals innerhalb der Sozialdemokratischen Partei noch traditionelle Freidenkerpropaganda vorhanden gewesen ist. Manchmal habe ich die Sorge, daß von rechts her nach links gesehen wird: Wo ist denn der Adolf Hoffmann hingekommen, der uns die Pointen für diese Agi-

## Politisierender General

General de Gaulle, der vor einigen Wochen durch eine versöhnliche Haltung gegenüber Deutschland Aufsehen erregt hatte, ist neuerdings wieder zu einer intransigenteren Auffassung zurückgekehrt. Er findet, daß die Pläne der Westmächte für Westdeutschland die Schaffung eines „Vierten Reiches“ begünstigen, das bei einer Annäherung an die UdSSR eine Gefahr für Westeuropa und Frankreich bedeuten würde. Der General bezeichnete das französische Kabinett als eine „Sammlung mittelmäßiger Köpfe“, die, um an der Macht zu bleiben, die Interessen der französischen Nation verrieten.



tation lieferte? Es ist nur Greve da — „nur“ ist vielleicht untertrieben —, ein Mann von Gewicht, nicht übersehbar, nicht überhörbar. Aber Greve reicht als Propagandamodell nicht aus; er hat wohl auch keine Missionsabsicht, soweit ich ihn kenne. (Heiterkeit). Begreifen Sie dieses, daß es geistesgeschichtlich ein außerordentlicher Fortschritt ist, daß die Sozialdemokratische Partei sich gelöst hat oder sich löst von dem mechanischen, materialistischen Grundtenor ihrer früheren Tradition in den religiösen Fragen. Sie sollten sich auf der Rechten darüber freuen.

Von dieser Seite her nun aber ein Weiteres. Die Sache hat auch ihre kirchlichen Aspekte. Die Parteien mögen sich nicht für den Bedarf ihre Phantome bilden: die Kirchen sollen und dürfen das nicht. Ich will einen Satz vorlesen — ich tue das nicht gern, aber es ist notwendig —, der vor ein paar Monaten an einen sozialdemokratischen Zeitungslizenzträger hinausging, der sich darüber beschwert hatte, daß gegen seine Zeitung von seiten der Pfarrer Propaganda gemacht werde, ein, wie mir gesagt wird, praktizierender Katholik. Am 11. März 1949 wird vom Erzbischöflichen Generalvikariat in Paderborn diesem Mann geschrieben: „Es ist schon eine ernste Gewissenfrage, ob ein Katholik jetzt noch der SPD oder der FDP angehören darf.“ (Hört, hört!) Wegen unserer Auseinandersetzung über das Elternrecht „angehören darf“! Der Mann, der dies schrieb, hat vermutlich keine Kenntnis von dem Inhalt des Konkordats, in welchem den Priestern politische Zurückhaltung auferlegt ist. Er hat kein rechtes Gefühl von dem, was Gewissensfreiheit heißt. Aber das müssen wir um der Klarheit willen sagen: So geht es nicht.

Die Stellung der Kirche im öffentlichen Leben wird von mir sehr groß und bedeutend und wichtig gesehen. Ich denke nicht etwa daran, die Kirche in den Raum der Kirche einsperren zu wollen, Wortverkündigung, Seelsorge, Sakramentsverwaltung. Die Kirche hat schon mehr. Adolf Kolping und der Freiherr von Ketteler waren vielleicht mäßige Theologen, aber große christliche Erscheinungen. Und für uns Ältere ist der Name Hitze noch eine deutliche Erinnerung. Wir wissen, was dieser Mann bedeutet hat in seiner aus dem Raum der Kirche in die soziale Arbeit hinauswirkenden Bedeutung. Und in der evangelischen Kirche gibt es wohl von dem Schleiermacher, über den Tholuck, Frank, Ritschl und Harnack bis zu dem Barth bedeutende Theologen. Aber die großen Erscheinungen sind Johann Heinrich Wiechern und Friedrich von Bodelschwingh, die Männer, die nun von der Christlichkeit ihres Wesens bestimmt, in das breite und böse Leben gegangen sind, sie haben hineingewirkt in die Seelen, aber nicht Parteipolitik gemacht!

Lassen Sie mich ein sehr ernstes Wort sagen: Kirchen sollen sich nicht auf Parteien stützen wollen. (Sehr gut! bei der SPD.) Das ist ihrer nicht würdig; denn sie haben ihren Auftrag aus dem Ewigen. Aber auch die Parteien sollen sich nicht auf Kirchen stützen wollen. Die Parteien sind weiß Gott sehr diesseitige Gebilde mit allerhand Schlaueit, Taktik und kleinem Machtinn, mit dem sie nicht die Kirchen belasten sollen und belasten dürfen. Wenn ich gefragt werde, ob so etwas in eine Schlußrede zu dem Grundgesetz der Deutschen gehört, habe ich zu antworten: Ja, weil wir in diesen Dingen eine reinliche Luft haben müssen, gerade auch um der Kirchen willen, und weil wir unserem politischen Leben in seinen säkularisierten Bedingtheiten sein eigenes Recht und seinen Raum zu lassen und zu sichern haben.

Wir haben hier redlich zusammengearbeitet. Das Schicksal hat es gefügt,

daß die Gruppe, für die zu sprechen ich den Auftrag habe, in

#### eine Mittlernaufgabe

gekommen ist. Ich möchte für uns den Anspruch erheben, daß Sie zugestehen, daß wir dieser Aufgabe gut gedient haben. In welche Situation wären wir so oft gekommen — verzeihen Sie! —, wenn nicht ein Mann wie Höpker-Aschoff zur Verfügung gestellt gewesen wäre. Wir haben die große Mehrheit, von der wir hoffen, daß sie kommt, mit um deswillen zu bilden gesucht, weil nur mit einer großen Mehrheit das, was wir jetzt gemacht haben, im breiten Volk aufgenommen werden wird. Das wird nicht überall der Fall sein. Die formalistischen, die liberalen Demokraten wissen und werden beweisen, daß wir hier wesentliche Dummheiten gemacht haben. Sie belehren uns, daß eine Entscheidung der Demokratie in ihrer Natur auf Mehrheit und Minderheit, also auf Sieg und Niederlage abgestellt ist. Es darf hier in diesem Hause keiner besiegt worden sein. Und wenn jemand aus Eigenem dagegen stimmt, dann vielleicht aus Gründen, die nun draußen liegen, oder aus einer romantischen Rechthaberei in der Betrachtung der deutschen Dinge oder weil er sich davon einen Wahlerfolg verspricht. Fast möchte mir auch scheinen, daß der

### Rückkehr zum § 218

Angesichts des verhängnisvollen Rückganges der Geburtenziffern in der sowjetischen Zone, in der nach genauen Berechnungen auf 100 Todesfälle nur noch 80 bis 85 Geburten kommen, wird von amtlichen und nichtamtlichen Stellen für die Wiedereinführung des § 218 Stimmung gemacht, dessen Abschaffung man vor zwei Jahren als eine „fortschrittliche Tat“ gefeiert hatte. Die damals an seine Stelle gesetzten Bestimmungen über die Schwangerschafts-Unterbrechung haben sich in der ostzonalen Praxis nicht bewährt. Kurpfuscher nahmen sich dieses einträglichen Gebietes an und die Gerichte hatten selten die Möglichkeit, den massenhaften Verstößen gegen die Bestimmungen nachzugehen, weil die örtlichen politischen Stellen in ihrem Radikalismus den an sich schon sehr dehnungsfähigen Bestimmungen die Auslegung gaben und den Gerichten aufzwingen, die sie wünschten.

Nun sollen neue Bestimmungen erlassen werden, die den Mißbrauch der Schwangerschafts-Unterbrechung steuern. Sie laufen praktisch auf die Wiedereinführung der Strafbestimmungen des § 218 hinaus; man will durch weitgehende soziale Fürsorge für werdende Mütter und Säuglinge die Lebensverhältnisse von Mutter und Kind bessern in der Erkenntnis, daß in den allermeisten Fällen von strafbarer Schwangerschaftsunterbrechung materielle Not als Begründung für diese angeführt werden. Auch die Ärzteschaft setzt sich für die soziale Hilfe ein, da die mit der Schwangerschaftsunterbrechung verbundenen gesundheitlichen Gefahren bei dem geschwächten Ernährungszustand der Masse der Bevölkerung nicht zu beheben sind.

Die Häftlinge eines Konzentrationslagers der sowjetischen Zone haben jetzt an ihre Angehörigen schreiben dürfen. Damit wäre der erste Schritt getan zur Erfüllung eines Versprechens, das der sowjetische Marschall Sokolowski im April 1948 gegeben hatte.

Exilpolitiker aus 13 Ländern der sowjetischen Einflußsphäre treten in Neuyork zusammen, um den „gemeinsamen Kampf zur Befreiung ihrer Völker“ vorzubereiten. Unter den Teilnehmern waren der frühere polnische Ministerpräsident Mikolajczyk und sein rumänischer Kollege Radescu.

Verlauf und das Ergebnis ein Gegenbeweis gegen das ist, was uns jene Formaldemokraten immer erzählen, daß mit der „festen“ Mehrheit und Minderheit, mit der 1 und der 2, mit dem Zweiparteiensystem die deutschen Dinge zu meistern wären. Sie wären nicht zu meistern. Wir haben es gesehen.

Lassen Sie mich wenige Schlußbemerkungen machen. Es wurde an den Tag erinnert, an dem wir heute mit vier Tagen Abstand zusammentrafen. Ich weiß nicht, ob man das Symbol greifen soll, das in solchen Tagen liegen kann. Im Grunde genommen bleibt dieser 8. Mai 1945 die tragischste und fragwürdigste Paradoxie der Geschichte für jeden von uns. Warum denn? Weil wir erlöst und vernichtet in einem gewesen sind. (Sehr gut!)

Darf ich ein persönliches Wort sagen: In die verwirrte Seele trat mir damals plötzlich die Erinnerung an den 9. Mai, in den wir hineingingen. Das war der 140. Todestag von Friedrich Schiller, und es ging mir durch das Gehirn und ließ mich nicht los, ein kleiner Vers des Dichters, den Sie in Ihren Schiller-Ausgaben nicht finden werden, weil er erst später von Bernhard Suphan entdeckt wurde, 1803—1804 entworfen:

„Stürzte auch in Kriesesflammen  
Deutsches Kaiserreich zusammen,  
Deutsche Größe bleibt bestehn!“

Schiller, der nicht nur ein Dichter, sondern auch ein großer Geschichtsdenker war, wollte irgendwie den Sinn des Vorgangs deuten, daß das alte Heilige Römische Reich Deutscher Nation zerbröselte. Das alte Kaisertum in Sinn und seiner Wirklichkeit ging unter.

Vor unserer eigenen Aufgabe ist es fast eine schreckhafte Verpflichtung, an dieses Wort

#### „Deutsche Größe bleibt bestehn“

noch zu glauben. Wir können hier „deutsche Größe“ nicht beschließen und nicht beschließen wollen. Für Schiller war dieses Wort damals die Flucht in das Geistige, in das Unverlierbare, in das, was vom Tagesgeschehen unabhängig ist. Wir aber wollen wieder Ansätze machen, nicht zur politischen „Macht“, — ach Gott!, ganz nüchtern und bescheiden zum bloßen politischen einheitlich Lebendkönnen. Dahinter aber steht dann doch dies Wort — was ich eine „schreckhafte Verpflichtung“ nannte — von der deutschen Größe. Wir spüren dies, daß in der Auseinandersetzung mit den Völkern und Nationen das Zuschiselbergenden haben der Deutschen erst Wirklichkeit geworden sein muß, und daß unsere politische Arbeit, die noch durch viel Turbulenz, durch viele Enttäuschungen und durch viele Rückschläge hindurchgehen wird, eben, in dem Ergebnis dieses Tages ein ganz kleines Stück festen Bodens für das deutsche Schicksal geschaffen haben wird. (Lebhafte Bravorufe und Händeklatschen.)

Um den Fluß der Rede nicht zu stören, haben wir die zahlreichen Zwischenrufe des kommunistischen Abgeordneten Renner weggelassen. Seinetwegen gab es im übrigen während der Rede einen heiteren Zwischenfall. Als ihm die ewigen Zwischenrufe des kommunistischen Abgeordneten zu dumm geworden waren, brach bei Heuss der Aerger der Selbsthilfe durch und unter dem so erstaunten als erfreuten Beifall des Hauses rief er dem Manne zu: „Renner, halten Sie doch einmal das Maul und seien Sie ruhig.“ Das fruchtete. Adenauer unterbrach: „Hoffentlich hat Ihnen, Herr Heuss, das Herr Renner nicht übel genommen.“ Und Heuss quittierte: „Er hat sich darüber gefreut.“ Das stimmte. Renner lachte mit und rief: „Im Gegenteil, das wollte ich hören!“ Er war aber dann brav und störte nicht weiter.